

Die GLP trägt ihren eigenen Vorstoss zu Grabe

Der Gegenvorschlag zur Elternzeit scheitert im Kantonsrat hauchdünn

DOROTHEE VÖGELI

Das Thema Elternzeit erhitzt die Gemüter in der Politik: Soll der Kanton Zürich den Mutter- und den Vaterschaftsurlaub paritätisch und grosszügiger ausgestalten als die meisten Regionen in der Schweiz? Eine epische Debatte im Zürcher Kantonsrat hat die SP angestossen. In einer kantonalen Volksinitiative fordert sie je 18 Wochen Elternzeit für Mütter und Väter. Heute erhalten Mütter nach der Geburt 14 Wochen Urlaub, Väter seit Anfang Jahr 2 Wochen.

Mit einem Gegenvorschlag von je 14 Wochen pro Elternteil versuchte die Mitte (ehemals CVP) eine Parlamentsmehrheit für eine Elternzeit zu gewinnen – und scheiterte sehr knapp. Mit 81 gegen 82 Stimmen lehnte der Kantonsrat am Montag den entsprechenden Minderheitsantrag ab. Die GLP hatte sich der Stimme enthalten. Somit wird dem Zürcher Stimmvolk nur die SP-Initiative unterbreitet. Diese empfiehlt das Parlament mit 108 zu 56 Stimmen zur Ablehnung.

Belastung für kleine Betriebe

Was die Mitte und Rot-Grün erbitterte: Auch der Gegenvorschlag war an der fehlenden Zustimmung der Grünliberalen gescheitert. Bereits in der vorbereitenden Kommission hatten sich die GLP-Vertreterinnen und -Vertreter gegen je 14 Wochen Elternzeit ausgesprochen.



«Das können wir uns schlicht nicht leisten, auch der Gegenvorschlag geht zu weit.»

Carola Etter-Gick (fdp., Winterthur)

Genau das verlangte aber die Berner GLP-Nationalrätin Kathrin Bertschy in einer parlamentarischen Initiative.

Der Vorstoss in Bundesbern entspricht der im familienpolitischen Parteiprogramm geforderten Elternzeit, die aus Sicht der GLP für Väter und Mütter gleich lang sein sollte. Eine solche diene der Gleichstellung von Mann und Frau auf dem Arbeitsmarkt, heisst es dort. Die Vertreterinnen und Ver-



Die Elternzeit ist im Zürcher Kantonsrat ein Zankapfel: Ein Vater umsorgt seinen vier Monate alten Sohn.

GAËTAN BALLY / KEYSTONE

treter der Zürcher Grünliberalen hielten am Montag an diesem Grundsatz fest. Aus ihrer Sicht sollte aber die Elternzeit auf nationaler Ebene geregelt werden. Zudem sei der Kanton Zürich Standort zahlreicher KMU. Eine Elternzeit von 18 Wochen bezeichnete die GLP als grosse finanzielle und fachliche Herausforderung für kleine Betriebe.

Auch SVP, FDP und EVP plädierten für eine schweizweite Lösung. Sie befürchteten, dass höhere Arbeitskosten die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen schwächen würden. Die SP-Initiative hätte jährlich 423 Millionen Franken zur Folge, der Gegenvorschlag 260 Millionen Franken. Die SP-Initiative sei bescheiden, sie wolle nichts anderes als Gleichstellung, die unter dem Strich nichts koste, sondern sich auszahle, monierte Esther Straub (sp., Zürich). Denn ein einziges Prozent mehr erwerbstätige Frauen finanziere steuerlich 18 bis 20 Wochen Eltern-

zeit. Es würden aber weit mehr Frauen arbeiten, wenn die Gleichstellung endlich greife. Dadurch gebe es weniger Fachkräftemangel.

Carola Etter-Gick (fdp., Winterthur) sagte: «Auch die FDP möchte eine Elternzeit, wir haben in Bern schon mehrmals dafür gekämpft.» Ihre Partei wolle den staatlich garantierten 16-wöchigen Urlaub in eine flexible Elternzeit unterteilen. «Denn ein Elternurlaub ermöglicht Gleichstellung oder Gleichberechtigung auch auf dem Arbeitsmarkt. Das Geschlecht wäre bei der Rekrutierung weniger das entscheidende Kriterium», hielt Carola Etter-Gick fest. Aus Sicht der FDP sei die SP-Initiative aber übertrieben. «Das können wir uns schlicht nicht leisten, auch der Gegenvorschlag geht zu weit. Wir würden die Attraktivität unseres Unternehmensstandortes gefährden.»

Apotheker Lorenz Schmid (Mitte, Männedorf) entgegnete: «Unser Gegenvorschlag ist radikal, liebe FDP. Denn er

nimmt Mütter und Väter in die Pflicht, allein um die Gleichberechtigung der Frauen im Arbeitsmarkt zu fördern und so auch wirtschaftlich einen Pluspunkt zu setzen.» Dem Argument der SVP, mit der Elternzeit würden auch Väter bei der Polizei oder im Gesundheitswesen ausfallen, setzte er entgegen: «Die Mütter kommen schneller zurück, dadurch wird die Abwesenheit der Väter langfristig mehr als kompensiert.»

Regierung gegen SP-Initiative

Gemäss Gegenvorschlag sind die je 14 Wochen Urlaub an die Bedingung geknüpft, dass Väter und Mütter maximal nur 4 Wochen gemeinsam beziehen dürfen. Für Schmid steht damit ausser Frage, dass Mütter eher bereit wären, nach 14 Wochen ins Berufsleben zurückzukehren, wenn ihr Kind durch den anderen Elternteil während mindestens weiterer zehn Wochen zu Hause betreut würde. Und: «Der Vater muss nach 14 Tagen

die Betreuung des Kindes übernehmen, sonst erlischt der Anspruch auf Urlaub.»

Der Regierungsrat hatte in seiner Stellungnahme zur SP-Initiative auf wünschenswerte Auswirkungen einer Elternzeit hingewiesen. Er erwähnte eine Studie im Auftrag des Bundes, wonach sich eine Elternzeit positiv auf die Gesundheit von Mutter und Kind und auf die Gleichstellung von Frau und Mann auswirke. Auch die Wirtschaft profitiere laut der Studie davon. Trotzdem empfiehlt die Regierung die Initiative für eine je 18-wöchige Elternzeit zur Ablehnung. Eine derartige zeitliche Ausdehnung des Urlaubs und damit verbunden der Entschädigung wäre ihres Erachtens aus wirtschaftlichen und gesellschaftspolitischen Gründen nicht vertretbar. Eine schweizweit einheitliche Lösung sei vorzuziehen, weil sie verhindere, dass Eltern einzig wegen einer Elternzeit ihren Wohnsitz in den Kanton Zürich verlegten, monierte die Regierung.

Während der Eintretensdebatte zum Gegenvorschlag legte sich Lorenz Schmid nochmals mächtig ins Zeug. Es sei ein schwarzer Tag für die FDP, die EVP, die SVP und vor allem für die GLP, die ihre eigene Idee zu Grabe getragen habe. Die Grünliberalen reagierten harsch, auch auf die Kritik der SP. «Hättet ihr Ende September dem GLP-Vorstoss von Kathrin Bertschy für eine 14-wöchige Elternzeit zugestimmt, gäbe es die heutige Debatte nicht», sagte Claudia Hollenstein (glp., Stäfa). Laut ihrer Parteikollegin Andrea Gisler (Gossau) hatten sich damals im Nationalrat sehr viele Vertreter von SP und Grünen der Stimme enthalten. «Damit haben sie eine nationale Lösung verhindert.»

Nicola Siegrist (sp., Zürich) stellte klar: Eine Mehrheit aus SVP, FDP und Mitte habe Bertschys Vorstoss abgelehnt. SP und Grüne hätten dagegen nichts ausrichten können. Mit ihrer Stimmenthaltung hätten einige Parlamentarier bloss zum Ausdruck gebracht, dass eine 14-wöchige Elternzeit für die Mütter keine Verbesserung darstelle.

Auch die Zürcher GLP-Fraktion hat sich am Montag der Stimme enthalten und damit signalisiert, dass sie lieber eine nationale Lösung hätte. Die Jungen Grünliberalen würden es allerdings begrüssen, wenn der Kanton Zürich bei diesem Thema eine Vorbildrolle übernehmen würde. Der Gegenvorschlag würde auch national ein wichtiges Zeichen setzen, heisst es in einem Communiqué.

Der Kantonsrat will Auskunft über die Folgen kostenpflichtiger Corona-Tests für Studierende

Postulat des Zürcher SVP-Präsidenten erhält Schützenhilfe von der SP

STEFAN HOTZ

Normalerweise wacht die SVP besonders genau über die Verwendung der Steuergelder. In der Pandemie ist das anders: Hier verlangt sie, dass die Corona-Tests zur Erlangung eines Zertifikats generell kostenlos bleiben. Der Bundesrat bezifferte die Aufwendungen der öffentlichen Hand dafür auf rund 47 Millionen Franken pro Woche. Seit zwei Wochen müssen jene, die sich impfen lassen können, die Tests auch selber bezahlen.

Im Kantonsrat reichte der Zürcher SVP-Präsident Benjamin Fischer (Volkskswil) zwei Postulate zum Thema ein. Demgemäss sollen Corona-Tests so lange kostenlos bleiben, wie die Zertifikatspflicht für den Besuch von Restaurants und Kulturveranstaltungen gilt. Der erste Vorstoss regt an, Gratistests für die ganze Bevölkerung zur Verfügung zu stellen, der zweite schlägt solche für Jugendliche unter 25 Jahren vor. Die Kostenpflicht bedeute eine faktische Impfpflicht für Arme, heisst es in der Begründung.

Am Montag ging es zwar offiziell nur darum, ob die Vorstösse für dring-

lich erklärt werden sollen. Aber wenig überraschend drehte sich die Diskussion auch um grundsätzliche Fragen. Im Rat begründete Fischer sein Anliegen wie folgt: Wenn der Bund eine derart einschneidende Massnahme verordne, dann solle er auch die Kosten dafür übernehmen. Sonst wäre es ehrlicher zu sagen, es gebe eine Impfpflicht, so Fischer. Die Kosten für die Tests entsprächen einer indirekten Busse für Ungeimpfte.

Konsequenzen tragen

Diese Argumentation stiess mehrheitlich auf Ablehnung. Niemand müsse Tests durchführen und selber bezahlen, um seiner Arbeit nachzugehen, studieren zu können, einkaufen zu gehen oder öffentliche Einrichtungen zu benutzen, sagte Beatrix Frey-Eigenmann (fdp., Meilen). Die Kostenpflicht sei frühzeitig angekündigt worden, so dass alle die Möglichkeit gehabt hätten, sich vor der Einführung impfen zu lassen oder als Genesene ein Zertifikat zu erlangen.

Mit der Impfung könne man sich und seine Mitmenschen nachweislich gut

vor einer Ansteckung schützen, sagte Frey-Eigenmann. Wer sich für einen anderen Weg entscheide, was legitim sei, müsse die Konsequenzen tragen: «Es kann nicht sein, dass der Staat allen



Benjamin Fischer (svp., Volkskswil)



Beatrix Frey-Eigenmann (fdp., Meilen)

ihr persönliches Konzept von Freiheit finanziert», stelle die FDP-Fraktionspräsidentin fest.

Kostenlose Tests verhinderten den dringlichen Ausstieg aus der Pandemie, der über die Impfung führe, sagte Andreas Daurü (sp., Winterthur). Die SP sorgt sich aber um die Studierenden, vor allem jene mit Anwesenheitspflicht

wie in den Fachhochschulen. Deshalb wolle sie mit Unterstützung der Dringlichkeit für das zweite Postulat der Regierung die Gelegenheit geben, bald dazu Stellung zu nehmen, so Daurü.

«Impfung ist der Königsweg»

Ein Teil der Grünen unterstützte die Postulate der SVP. Die übrigen Fraktionen dagegen hielten sie weder inhaltlich für richtig noch für dringlich. «Impfen ist der Königsweg aus der Pandemie», sagte der Hausarzt Josef Widler (Mitte, Zürich). Mehrere Votanten warfen der SVP vor, sie treibe mit ihrer Corona-Politik die Spaltung der Bevölkerung voran. Der Partei wurde auch vorgehalten, ihr Bundesrat Guy Parmelin habe als Erster vorgeschlagen, Corona-Tests kostenpflichtig zu machen.

Für die Dringlicherklärung sind 60 Stimmen nötig. Das Postulat für generell kostenlose Corona-Tests scheiterte mit 57 Stimmen an dieser Hürde. Der zweite Vorstoss erhielt 75 Stimmen. Damit muss der Regierungsrat innert fünf Wochen zur Situation der Personen unter 25 Jahren Stellung nehmen.

ANZEIGE



Bürokratie statt Klimaschutz?

missratenes-energiegesetz-nein.ch

MISSRATENES ENERGIEGESETZ

NEIN